Pressestatement von Pro Choice e.V. zum Güetermin am Arbeitsgericht Hamm:

**Zum Verbot des Christlichen Klinikums Lippstadt:
Kirchenrecht darf ärztliche Berufsfreiheit und Frauengesundheit nicht gefährden**

Mit Unverständnis und Empörung bewerten wir das Verbot des Christlichen Klinikums Lippstadt gegen seinen Chefarzt, Prof. Dr. med. Joachim Volz, Schwangerschaftsabbrüche im sowie auch außerhalb des Klinikums durchzuführen. Dass das Arbeitsgericht Hamm dies bei einem Güetermin vergangene Woche auch noch bestätigt hat, ist sehr befremdend.

Das Gericht befindet es für rechtens, dass seit Februar 2025 in dem aus einem evangelischen und einem katholischen Klinikum fusionierten Haus keine Schwangerschaftsabbrüche mehr durchgeführt werden dürfen. Dies war bislang im Perinatalzentrum der evangelischen Klinik möglich gewesen und hat die Grundversorgung von Schwangeren in der Region gewährleistet.

Wir sehen es zudem als unzulässigen und verfassungswidrigen Eingriff in die ärztliche Berufsfreiheit an, dass Prof. Dr. Volz auch in seiner Privatpraxis in Bielefeld keine Abbrüche durchführen darf. Es widerspricht der ärztlichen Berufsordnung § 14 Absatz 1: „Ärztinnen und Ärzte können nicht gezwungen werden, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen *oder ihn zu unterlassen*“.

Christiane von Rauch, Vorsitzende des Vereins Pro Choice Deutschland e.V.:

„Das Klinikum hat den staatlichen Versorgungsauftrag für gynäkologische Behandlungen. Das Verbot ist eine Missachtung dieses Auftrags. Es bedeutet eine Missachtung von Frauen und Familien, die in Notlage geraten und sich entscheiden, eine Schwangerschaft abzubrechen.

Wir werden dieses Unrecht nicht hinnehmen und gehen davon aus, dass höhere juristische Instanzen nach einem entsprechenden Urteil die Entscheidung revidieren. Wir unterstützen Prof. Volz, der den weiteren Rechtsweg beschreiten wird. Wir erklären uns solidarisch mit allen Menschen in der Region, die auf eine umfassende medizinische Versorgung angewiesen sind und beteiligen uns an den Protesten.“

Pro Choice Deutschland e.V. ist aus der Solidaritätsbewegung für Kristina Hänel und andere Ärzt*innen, entstanden, die wegen Verstoß gegen §219a StGB angezeigt und verurteilt wurden. § 219a ist seit 2023 Geschichte – der § 218 muss ebenfalls aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

28.04.2025

Pro Choice Deutschland e.V.

Christiane von Rauch und Kersten Artus

Vorständinnen

Kontakt: artus@pro-choice.de

0170/540 54 39